

Verantwortliche Redakteure
für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
A. Rechner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedeknecht,
sämtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
O. Korte in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei G. A. Schlegel, Hofstet-
ter, Gerber- u. Breiter-Edel,
Otto Nischky in Firma
J. Henmann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei S. Chaylewski,
in Meseritz bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jachsm
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. J. Janke & Co.,
Dauerschein & Hegler, Rudolf Hoff
und „Invalidendank“.

Nr. 748.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-
stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
Deutschen Reiches an.

Freitag, 25. Oktober.

1889.

Politische Uebersicht.

Posen, den 25. Oktober.

Dem Reichstage wird ein Bericht über die Preisbewerbung um das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm bezw. die Ergebnisse derselben aus dem Reichsamt des Innern zugehen. Dabei mag daran erinnert werden, daß in der Denkschrift, welche bei der Forderung von 100 000 Mark für die Preisbewerbung dem Reichstage zugeht, ausgeführt wurde: erst das Urtheil des Preisgerichts, welchem Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags, sowie künstlerische Sachverständige angehören, würde die Unterlagen für die endgültigen Entschlüsse von Bundesrath und Reichstag abgeben. Wie verlautet, wird außerdem im Kultusministerium von dem Geh. Ober-Reg.-Rath Jordan, welcher Mitglied des Preisgerichts war, ein Gutachten ausgearbeitet über die verschiedenen für das Denkmal in Frage kommenden Plätze und über die Gründe, welche für und gegen die einzelnen Plätze sprechen. Ist erst hinsichtlich der Platzfrage eine Entscheidung getroffen, so dürfte die in Aussicht genommene engere Konkurrenz zu festeren Ergebnissen führen.

Die „Kreuzzeitung“ fährt in der Belämpfung des Kartells fort, indem sie Zuschriften aus verschiedenen Theilen Deutschlands veröffentlicht. Nachdem in der vorigen Nummer solche Zuschriften aus Ostpreußen und Westfalen veröffentlicht sind, kommt nunmehr Mitteldeutschland an die Reihe. Hier seien die konservativen Elemente zwar zerstreut, aber doch namentlich unter der evangelischen Geistlichkeit sehr zahlreich. In der Zuschrift wird ausgeführt, daß eine Verpflichtung, in allen Dingen gemeinsame Sache mit den Nationalliberalen zu machen, ein politischer Selbstmord sein würde, eine schändliche Verleumdung der anerkannten Wahrheit, ein treuloses Verlassen des Grundes, auf dem man allein bauen könne. Eine prinzipiöse Mittelpartei, die nur von der Opportunismus sich leiten lasse oder auf den Wink der gerade leitenden Gewalten warte, um darnach ihre Stellung zu nehmen, habe keinen Werth für Staat und Volk. Es gäbe eigentlich nur zwei große Parteien, die Partei des lebendigen Gottes, welche von den Konservativen repräsentiert werde, und die der christlichen Weltanschauung entgegenstehende liberale Partei, die nicht Gott, sondern den Meinungen der Menschen und deshalb dem Majoritätsprinzip die Ehre gebe. Ein Verjämeln beider Parteien sei nicht möglich. Man sei es auch in Mitteldeutschland dem Kaiser schuldig, für das Zeugnis abzulegen, was man als wahr und gut erkannt habe. „Wir bewundern den hohen, edlen Royalismus, der manchen Kämpfer veranlaßt, jetzt das Schwert in die Scheide zu stecken und aus den Reihen der Streitenden auszutreten; aber wir zweifeln nicht, daß die Stunde nicht ferne ist, wo die alten bewährten Kämpfer wieder frisch eintreten in den Streit, gerade weil die tief royalistische Gesinnung sie treibt.“

In parlamentarischen Kreisen wird der jüngst von der „National-Zeitung“ und gleichzeitig von anderen Blättern gemachten Angabe widersprochen, daß die Alters- und Invaliditätsversicherung mit dem 1. Januar 1892 bestimmt noch nicht in Ausführung treten und daß über den Termin der Ausführung des Gesetzes bei dem Stande der Vorarbeiten noch nichts gesagt werden könne. Die Regierung hält, so wird angegeben, an der Hoffnung fest, daß das praktische Ingelung-treten des Gesetzes sich nicht über den genannten Termin hinaus verzögern werde.

Die ungarische Unabhängigkeitspartei scheint die Abfertigung, welche ihr im Reichstage durch den Minister Fejervary zu Theil geworden ist, sehr verspürt zu haben, denn sie will beantragen, daß er in Anklagezustand versetzt werde. Fejervary hatte die Interpellation Frany's über die fassam bekannte Monorer Fahnengeschichte dahin beantwortet, daß, während die Fahne der ungarischen Landwehr (Honveds) die Nationalflagge sei, auch die Signalfahne bei den Honved-Kommandirenden geschnitten die schwarzgelbe sei. Der Minister entwickelte die praktischen Gründe, aus denen die Nothwendigkeit der einheitlichen Flagge im Kriege hervorgeht; sachliche Gegengründe brachten die Herren von der Unabhängigkeitspartei nicht vor, sondern sie erwiderten durch Entzückungen. Nur Frany machte die Bemerkung, schwarzgelb sei gar nicht die Farbe des kaiserlichen Hauses, worauf der Minister schlagfertig erwiderte, daß seit 83 Jahren die ganze Welt, mit Ausnahme der ungarischen Unabhängigkeitspartei, diese Farben anerkenne. Am meisten mag die Herren das Wort des Ministers Fejervary ärgern, als er von einer Fraktion sprach, deren Diplomaten vergebens im Auslande herumreisen. Er deutete damit auf taktlose Demonstrationen hin, welche sich Anhänger der Unabhängigkeitspartei gegen die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns nicht nur daheim, sondern auch auf Reisen im Ausland erlauben. Alles in Allem macht

das Auftreten der äußersten Opposition den Eindruck, als sei das jüngste Handschreiben des Kaisers geeignet, die „Armee-frage“ wenigstens in den Augen aller verständigen Ungarn — und das ist die große Mehrzahl — aus der Welt zu schaffen.

Der Ton, den Minister Ribot mit seinen Preßbeschränkungs-vorschlägen für Frankreich angeschlagen hat, wird in opportunistischen Kreisen ein lebhaftes Echo finden, denn die Jünger Gambettas sind in ihrer außerordentlichen Wandlungsfähigkeit jetzt dahin gelangt, einer Reaktion im Innern zur Stützung ihrer Herrschaft das Wort zu reden. Sie beweisen durch diese zeitgemäße Schwelung, die einem Drange der neuerdings zur Republik belehrten reaktionären Bourgeois entgegenkommt, daß sie den Namen Opportunisten nicht umsonst tragen. Sie verdanken ihre Wiederwahl zum größten Theile ihrem angenehmen Talent, die Meinung zu wechseln, oder, wie der staatsmännische Ausdruck lautet, „den Lehren der Geschichte zu folgen“. Der Preßfreiheit wollen die Gesetzgeber der gemäßigten Linken zunächst ein Ende bereiten. Das Gesetz von 1881, das dem radikalen Liberalismus eines Goblet und Floquet entsprang, soll, wie der „Wes.-Ztg.“ mitgetheilt wird, abgeschafft werden. Es gab den Zeitungsschreibern in mancher Hinsicht Vorrechte vor anderen Bürgern. Es schützte sie vor Untersuchungshaft bei Preßvergehen, es überwies die Aburtheilung publizistischer Verleumdung und Verleumdung von Staatsbeamten den Schwurgerichten und ließ die Aufregung selbst zu bewaffnetem Aufstande straflos ausgehen, so lange sie nicht befolgt wurde. Man fand nun, daß in den letzten Jahren der Ton der Presse bedenklich verrohete und schrieb die Schuld dem freisinnigen Gesetze zu. Das Schwurgericht bestrafte die Beleidiger und Verleumder von Staatsbeamten nicht immer so scharf, wie die Regierung wünschte; es sprach sie oft sogar zum Schaden der Autorität ganz frei. Die Opportunisten und besonders der Direktor der „Republique française“, Joseph Reinach, der jetzt Deputirter ist, gedenken die Journalisten bei ähnlichen Vergehen nicht mehr den Geschworenen, sondern den Richtern der Zuchtpolizei zu überantworten. Sie nennen dies eine „Rückkehr zum gemeinen Recht“ und behaupten, dies sei noch freisinniger, als das Spezialgesetz. Sie verlangen es im Namen der allgemeinen Freiheit und Gleichheit, allerdings wohl mit dem Hintergedanken, daß der zuchtpolizeiliche Richter, der von der Regierung abhängt, die Obrigkeit schützen und bedienen muß und daß überdies vor seinem Gerichte der Beweis der Wahrheit dem Angeklagten verboten ist. Letzterer Umstand namentlich hat etwas Verführerisches für eine Regierungspartei, die autoritär zu verfahren gedenkt. Es fragt sich nur, ob es wirklich zur Stärkung des obrigkeitlichen Ansehens beitragen und nicht bloß den kleinen Skandal zeitweilig erlöschen wird, um den großen dann um so gefährlicher ausbrechen zu lassen. Unter einem Regime, wie es die Opportunisten jetzt einführen wollen, wäre die Aufdeckung der Wilsongischen Durchstechereien ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. So schwer aber die Republik unter der Enthüllung des im Elysee betriebenen Ordens- und Stellenschachers gelitten hat, ist es doch unzweifelhaft, daß sie der Presse in diesem Falle die Rettung vor noch schwereren Gefahren verdankt. Die Rechtsprechung der Schwurgerichte läßt viel zu wünschen übrig, doch ist, wie das „Journ. des Debats“ treffend bemerkt, der Beweis ihrer Untauglichkeit zur Wahrung des obrigkeitlichen Ansehens noch lange nicht erbracht. Sie bestand schon in früheren Zeiten und wurde auch von der Regierung Ludwig Philipps zu Anfang der 30er Jahre nicht abgeschafft, als der Ton der Presse mindestens ebenso scharf war, wie derjenige, welchen die Opportunisten jetzt beklagen. Das Organ des linken Zentrums weist darauf hin, daß gerade diejenigen Minister, denen man hauptsächlich den Plan einer Uebertragung der Preßprozeße an das Zuchtpolizeigericht zuschreibt (Constans, Thevenet und Rouvier), sich bis jetzt am sorgsamsten gehütet haben, die Schwurgerichte zu ihrer Vertheidigung gegen publizistische Ehrenkränkungen anzu-rufen. Abzuwarten bleibt, ob wirklich eine französische Kammer einem solchen Gesetz seine Zustimmung geben würde. Aber, wenn die Vorlage überhaupt nur eingebracht würde, wäre sie Wasser auf die Mühlen der Reaktion.

Die große Rede, welche Gladstone jüngst gehalten, hat nicht den Erwartungen entsprochen, die man von ihr geholt, dagegen von Neuem bekätigt, daß Gladstone nicht nur ein großer, sondern auch ein sehr kluger Politiker ist. Wie aus den verschiedenen Reden hervorgeht, hat Gladstone auf die Gefahr hin, viele seiner eigenen Anhänger zu enttäuschen, in Bezug auf Mittheilungen über seine irische Politik sehr vorsichtig gehandelt. Es ist unzweifelhaft, daß namentlich Radikale vom Schlage Laboucheres ihn gedrängt haben, Einzelheiten über seinen Homeruleplan darzulegen oder gar denselben ganz zu enthüllen. Indessen Gladstone und mit ihm die liberale Partei Englands haben schon mehr als einmal trübe Erfah-

rungen gemacht, und gerade jetzt hat Gladstone mehr als je zuvor Ursache, den Tories zu misstrauen. Auf der ganzen Linie der Tories und der mit ihnen verbündeten liberalen Unionisten herrscht in Folge der liberalen Wahl-siege, die sich in stetiger Steigerung wiederholt haben, die größte Besorgniß. Aengstlich sucht man nach einem neuen packenden Feldgeschrei, das man bei den noch bevorstehenden Erbschaftswahlen und dann vor Allem bei den allgemeinen Wahlen unter die Massen werfen kann. Schon hat eine der Leuchten der unionistischen Partei, Sir Richard Webster, der Generalanwalt und Vertheidiger der „Times“ vor dem Parnell-Ausschuß, einen Blick hinter den Vorhang thun lassen und in einer öffentlichen Rede verrathen, daß man sich in seiner Partei bereits mit dem Gedanken vertraut zu machen beginnt, den Ir-ländern in der That ein Parlament zu gewähren, vorausgesetzt, daß sich dasselbe nur mit rein irischen Angelegenheiten beschäftigt. Enthüllte Gladstone seinen Plan vor der Zeit und in seinem ganzen Umfange, so würden sich die Tories daraus dasjenige aneignen, was ihnen am volkstümlichsten erscheint und was ihre Aussichten bei den kommenden Wahlen denen der Liberalen zum Mindesten gleichstellen würde. Das ist es offenbar, was Gladstone durchschaut und was ihn zu äußerster Zurückhaltung bewogen hat. Und die gleiche Zurückhaltung scheint er sich, so weit sich dies aus den vorliegenden Drahtberichten über seine Rede beurtheilen läßt, in Bezug auf die auswärtige Politik auferlegt zu haben, hier allerdings nicht aus dem gleichen Grunde, wie bei der irischen Politik. Die Aufnahme, welche der Artikel des großen Unbekannten „Outibanos“ über den Dreißund gefunden hat, mag sich nun in Wirklichkeit hinter diesem Namen Gladstone verbergen oder nicht, hat Gladstone jedenfalls gezeigt, daß er auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht unge-kräft mit derjenigen Politik brechen darf, welche die Billigung seines Landes gefunden hat.

In Syra sind 200 flüchtige Kretenser angekommen. Es sollen sich unter ihnen die sämtlichen Mitglieder der kretensischen Nationalversammlung befinden. Sie wurden durch einen Dampfer aus Agia Rumeli nach Syra übergeführt. Es muß allerdings schlimm um den kretensischen Aufstand stehen, wenn seine Häupter ihn so verlassen haben. Vorläufig halten noch die Bergbewohner der Sphakia gegen die Türkei aus.

Deutschland.

* Berlin, 24. Oktober. Im Reichstage sind heute Abend nicht weniger als 18 Initiativanträge der Freisinnigen, Deutschkonservativen und des Zentrums zur Vertheilung gelangt. Eine weitere Serie von Anträgen steht noch aus, nämlich die heute von den Sozialdemokraten eingebrachten Anträge auf Abänderung des Zolltarifs, d. h. der Aufhebung der Lebensmittelzölle. Die Deutschkonservativen haben sich bisher mit der Wiederholung des Antrags Adernann und Genossen, betreffend den Befähigungsnachweis für Handwerker begnügt, ein Antrag, der übrigens gleichlautend auch von dem Centrum eingebracht worden ist und der in seiner Tendenz zweifellos dahin geht, die von der zünftlerischen Agitation erfassten Handwerkerkreise zur Unterstützung dieser beiden Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen heranzuziehen. Die Zahl der freisinnigen Anträge beläuft sich auf zehn, das Centrum hat sich mit sieben Anträgen begnügt. Da nach der Geschäftsordnung des Hauses für die Verathung der von den Mitgliedern eingebrachten Anträge nur ein Tag in der Woche reservirt ist, so werden allerdings die Schwerinstage, wie diese Tage genannt werden, bereits für eine längere Zeit mit Beschlag belegt, als die Reichstags-sesssion nach der bisherigen Angabe überhaupt dauern soll. — Ueber den Inhalt des neuen Sozialistengesetzes welches der Bundesrath in seiner heutigen Sitzung, die wenig über eine Stunde dauerte, unverändert angenommen hat, fehlen bisher zuverlässige Angaben, da die Mitglieder des Bundesraths zu absoluter Geheimhaltung verpflichtet worden sind. Indessen verlautet so viel doch, daß erhebliche Milderungen im Vergleich zu dem bisherigen Gesetze nicht in Aussicht genommen sind. Ob und inwieweit offiziös angedeutet worden ist, daß für die Handhabung des Gesetzes richterliche Kontrollen eingeführt werden sollen, wird man demnach wohl erst erfahren, wenn der Gesetzentwurf an den Reichstag gelangt. Zwischen ist es immerhin auffallend, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Auslassung des „Deutschen Tagebl.“ zum Abdruck bringt, welche sich gegen die Zuziehung der ordentlichen Gerichte als Berufungsinstanzen erklärt und zu erwägen giebt, daß unter Umständen durch eine derartige Neuerung der Sozialdemokratie auch eine neue Waffe in die Hand gedrückt werden könnte. Falls ein Urtheil der ordentlichen Gerichte zu Gunsten der Sozialisten aus, so würden die letzteren hieraus erst recht die Schlussfolgerung ziehen, daß die Sache,

die sie vertreten, eine sehr gerechte sei und aus diesem Grunde könnte das neue Gesetz möglicher Weise in weit höherem Maße zur Verstärkung der sozialistischen Propaganda beitragen, als dies dem bisherigen Gesetz jemals mit Recht nachgesagt werden dürfte. Es ist nicht ohne Interesse, in den Spalten der „N. M. Z.“ das indirekte Eingeständnis zu finden, daß das Sozialistengesetz zur Verstärkung der sozialistischen Propaganda beigetragen habe. Daß dieses der Fall ist, hat ja auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Duhl neulich in seiner Rede in Landstuhl eingegeben, indem er bemerkte, falls das neue Gesetz ein dauerndes sein sollte, müßten aus demselben manche Härten beseitigt werden, die sich nicht bewährt hätten, indem sie mehr zur Verbreitung als zur Unterdrückung der Sozialdemokratie beitrügen. Welches diese Härten sind, darüber kann um so weniger ein Zweifel entstehen, als selbst in konservativen Kreisen und nicht erst seit heute u. a. die Ausweisungen auf Grund des Sozialistengesetzes als Maßregeln bezeichnet worden sind, deren Wirkung auf die beteiligten Kreise der sozialdemokratischen Sache zu Gute komme. Auch von hervorragenden Mitgliedern der nationalliberalen Partei ist die Nothwendigkeit, dieses Ausweisungsrecht der Polizei zu beseitigen, wiederholt hervorgehoben worden. Von nationalliberalen Blättern erklärt sich heute z. B. auch die „Magd. Ztg.“ gegen die weitere Zulassung des kleinen Belagerungszustandes, die als eine Einrichtung bezeichnet wird, welche eine Unsumme Haß erzeugt. Die Frage, ob die Uebertragung der Kontrolle über die Handhabung des Gesetzes oder die Ausführung des Gesetzes durch richterliche Behörden nicht lediglich die Wirkung haben wird, die Verbitterung, die sich zur Zeit gegen die Verwaltungsbehörden richtet, in Zukunft auf die Gerichte abzuladen, mag z. B. unerörtert bleiben. Man wird darüber erst urtheilen können, wenn ersichtlich ist, ob das neue Gesetz den Thatbestand der strafbaren sozialdemokratischen Agitation in einer der richterlichen Beurtheilung unterliegenden Weise feststellt. Aber davon abgesehen, ist es immerhin überraschend, daß die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ Bedenken gegen die Vorschläge Raum giebt, die, wie man annimmt, von der preussischen Regierung im Bundesrath gemacht und von diesem angenommen sind.

Die Kaiserin Augusta wird von Baden-Baden voraussichtlich am 5. November sich nach Koblenz begeben, um daselbst bis Ende des Monats November zu verbleiben und dann nach Berlin zurückzukehren.

In Athen sind die Hochzeitsgeschenke für das Kronprinzliche Brautpaar bereits ziemlich vollständig eingetroffen. Der Wiener Architekt Oberbaurath v. Hansen, der Erbauer des berühmten Akademiegebäudes in Athen, hat dem Kronprinzen ein prächtiges Portefeuille verehrt, in welchem verschiedene, von Hansen entworfene Pläne zu einem neuen großartigen Palais für den Kronprinzen enthalten sind. Mit besonders kostbaren Gaben haben sich die griechischen Kolonien des Auslandes eingestellt. Die griechische Kolonie in London spendete dem Kronprinzen ein goldenes Service für 50 Personen im Werthe von 1000 Pfd. Sterl. und der Prinzessin Sophie eine vollständige Toilette-Einrichtung aus gebeugtem Golde, deren Werth auf 1200 Pfd. Sterl. geschätzt wird. Der griechische Gesandte in London, Herr Gennadios, hat der Prinzessin-Braut eine kostbare alte deutsche Bibel verehrt. Die Stadt Korfu hat eine Schreibstisch-Einrichtung aus Silber geschenkt. Das Entzücken aller Damen erregt die Gabe der griechischen Kolonie in Brussa, wo bekanntlich die Seidenfabrikation in höchster Blüthe steht. Das Geschenk besteht aus zwei Ballen Seide, deren blauer Grundton mit silbernen Fäden durchwebt und mit goldenen Sternen besetzt ist. Drei der ersten Künstler haben 5 Monate lang an diesem Stoffe gearbeitet, wie er in solcher Kostbarkeit selbst in Brussa noch niemals fabrizirt worden ist.

In dem Entwurf zum Reichshaushaltsetat für 1890/91 wird auch die Errichtung einer neunten Kriegsschule in Danzig in Vorschlag gebracht und die erste Rate dafür gefordert. Die Nothwendigkeit einer neuen Kriegsschule ergibt sich aus dem seit einigen

Jahren stetig zunehmenden Andrang von Aspiranten zur Offiziers-Laufbahn. Während 1883 beispielsweise 735 Aspiranten (einschließlich Sachsen und Württemberg) die Offiziers-Prüfung bestanden, betrug 1888 deren Zahl 926. Die Kriegsschulen eröffneten ihre Kurse 1884 mit 685, im Jahre 1888 mit 833 Schülern. Besonders empfindlich sind die drei alljährlich am 1. März ihren Kursus beginnenden Schulen zu Potsdam, Hannover und Kassel hiervon betroffen. Dieselben haben in Folge der 1887 stattgehabten Heeresvergrößerung für den Unterrichtsjahr 1888 mit 42 Aspiranten und für den Unterrichtsjahr 1889 mit 62 Schülern über die räumlich der vorhandenen Räumlichkeiten ohnehin schon sehr hohe Stützstärke hinaus belegt werden müssen. Es ist zunächst der Versuch gemacht worden, diese Maßregel lediglich durch gleichmäßige Mehrbelegung der betreffenden 3 Kriegsschulen durchzuführen. Es haben sich hieraus indes für die räumlich sehr beschränkte Schule zu Potsdam Unzuträglichkeiten ergeben, welche auf die Dauer mit den dienstlichen Interessen dieser Anstalt nicht vereinbar sind und namentlich auch in gesundheitlicher Beziehung zu Bedenken gegen die Wiederholung einer solchen Maßregel Veranlassung geben. Es wurde sodann versucht, die Belegungsfähigkeit der Kriegsschule Hannover unter Aufnahme mehrerer Dienstwohnungen von 93 auf 121 Schüler zu steigern. Aber auch hierdurch sind bei dieser Kriegsschule Zustände geschaffen worden, die auf die Dauer unhaltbar sind und Abhilfe dringend erfordern. Eine räumliche Erweiterung der Kriegsschulen durch Umbau und Anbauten würde verhältnismäßig hohe Mittel in Anspruch nehmen, ohne daß jedoch das vorhandene Bedürfnis befriedigt werden könnte. Unter diesen Umständen ist der Bau einer neuen Kriegsschule ins Auge gefaßt worden. Als Sitz der Schule ist Danzig ausersehen, weil es dem Nordosten der Monarchie überhaupt noch an einer Kriegsschule fehlt und Danzig selbst als Festung und große Garnison sich vorzugsweise als Platz für eine Kriegsschule eignet.

Somit aus dem im Entwurf zum Reichshaushaltsetat für 1890/91 ausgeworfenen Positionen für Neubauten von Kasernen ersichtlich ist, würden namentlich auch in Folge der Formation zweier Armeekorps folgende Truppenverlegungen in Aussicht genommen sein: Die Verlegung von vier Eskadrons Kavallerie nach Saarbrücken, eines Kavallerieregiments nach Mülhausen, einer reitenden Abtheilung Feldartillerie nach Hagenau, eines weiteren Bataillons Infanterie nach Straßburg i. G., einer Abtheilung Feldartillerie nach St. Amand, einer Abtheilung Feldartillerie, einer Trainkompagnie, sowie die Veranziehung der für das Pionierbataillon Nr. 16 bestimmten Trains nach Wies, einer Infanteriebrigade nach Mörchingen und noch eines Kavallerieregiments nach Saarburg; die Verlegung eines Bataillons Infanterie nach Allenstein, drei Eskadrons Kavallerie nach Gumbinnen, zwei Abtheilungen Feldartillerie, sowie zwei Eskadrons Kavallerie nach Insterburg, eines Pionierbataillons nach Königsberg in Pr., eines Kavallerieregiments nach Gnesen, zweier Eskadrons des 1. Husarenregiments von Br.-Stargard nach Danzig, woselbst das ganze Husarenregiment vereinigt werden soll, sowie zweier Trainkompagnien ebendort, eines Kavallerieregiments, einer reitenden und einer Feldartillerie-Abtheilung nach Graudenz, zweier Bataillone Infanterie nach Osterode, zweier weiterer Bataillone Infanterie nach Nowogradow und eines Bataillons Infanterie nach Darkehmen. Die Garnison Gleiwitz soll um drei Eskadrons Kavallerie vergrößert werden, die von Hagenau um ein Kavallerieregiment, die von Stettin um zwei Pionierkompagnien mit Brücken-train und Corps-Telegraphenabtheilungen. In Stolp soll das ganze Husarenregiment Nr. 5 vereinigt werden, von Durlach soll auch die 4. Eskadron des Leib-Dragooneregiments nach Karlsruhe verlegt werden.

Die Einnahmen im neuen Reichshaushaltsetat setzen sich zusammen aus: Zinsen und Verbrauchssteuern und Aueren für dieselben mit 537 399 140 M. (9312730). Davon entfallen auf die Zölle 285 522 000 M. (+ 14722000), auf die Tabaksteuer 10 302 000 M. (+ 279 000), auf die Zuckermaterialsteuer 7 344 000 M. (+ 1 656 000), auf die Zuckerverbrauchsabgabe 42 010 000 M. (+ 380 000), auf die Salzsteuer 41 000 000 M. (+ 688 000), auf die Waichbotich- und Branntweinmaterialsteuer 19 314 000 M. (+ 5 888 000), auf die Branntweinverbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben 110 530 000 M. (+ 102 000), auf die Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 21 312 000 M. (+ 1 147 000); der Rest auf die Aueren, Reichsstempelabgaben mit 30 279 000 M. (+ 2 304 000). Hierunter sind berechnet: Spielkartenstempel mit 1 143 000 M. (+ 41 000), Wechselstempelsteuer mit 6 413 000 M. (+ 87 000), Stempelabgabe für Werthpapiere, Kaufgeschäfte etc. und Lotterielose mit 22 130 000 M. (+ 2 169 000) Statistisches Gebühr mit 593 000 M. (+ 7000). Post- und Telegraphen-Verwaltungs-Überschuß von 32 719 226 M. (+ 3 484 809). Reichsdruckereiberschuß von 1 175 880 M. (+ 25 730). Reichs-Eisenbahn-Verwaltungs-Überschuß von 20 003 000 M. (+ 800 900). Einnahmen aus dem Bankwesen von 1 383 500 M. (+ 331 500). Einnahmen aus verschiedenen Verwaltungsabzügen von 11 535 483 M. (+ 2 332 288). Von denselben entfallen auf das auswärtige Amt 893 480 M. (+ 240 505). An Gebühren bei den gesandtschaftlichen und besoldeten Konsulats-Beörden sind 189 430 M. mehr eingeht, darunter die bei der Volkshaus in Paris aufkommenden Botschaftgebühren, welche mit dem im Jahre 1888/89 wirklich aufkommenen Betrage von 173 190 M. in Ansatz gebracht sind. Für das Reichsamt des Innern sind 1 959 676 M.

oder 101 239 M. mehr als im laufenden Jahre eingestellt. Die Mehreinnahme entfällt fast ganz auf die Erweiterung der Patentgebühren. Das Reichsamt weist eine Einnahme von 2 036 905 M. oder 1 047 875 M. mehr auf. Unter den Mehreinnahmen figuriren 1 040 000 M., welche aus der Ausprägung von Nickelmünzen, mit welcher im Etatsjahre 1890/91 fortgefahren werden soll, erwachsen dürften. Es wird angenommen, daß etwa je eine Million Mark Zwanziger und Halbpenniger und etwa 250 000 M. Fünfpennigstücke zur Ausprägung gelangen, wofür die Anschaffungskosten des Prägematerials höchstens 335 000 M. betragen, so daß ein Brutto-Reingewinn von etwa 1 915 000 M. verbleibt, welchem die Prägekosten von etwa 60 000 M. gegenüberstehen. Einnahmen aus dem Reichs-Invalidenfonds von 25 837 893 M. (+ 429 439). Zinsen aus belegten Reichsgeldern von 539 000 M. (+ 97 000). Veräußerung von Baryellen des ehemaligen Stettiner Festungsterrains von 4 647 9 M. (+ 33 655). Die Matrikularbeiträge sind auf 269 685 831 M. oder auf 41 553 140 M. mehr als im Vorjahre festgesetzt.

Unter der Arbeiterbevölkerung Oberschlesiens macht sich zur Zeit eine Bewegung bemerkbar, welche geeignet ist, das allgemeine Interesse in Anspruch zu nehmen. Bald nach Beendigung des Ausstandes der Bergarbeiter im ober-schlesischen Industriebezirk wurden einzelne Anläufe zur Organisation der Berg- und Hüttenleute gemacht. Die Ausführung dieses Planes scheiterte jedoch daran, daß es an geeigneten Leitern einer solchen Vereinigung mangelte. Später scheint die Redaktion des in Beuthen O.S. zweimal wöchentlich erscheinenden „Katolik“, dessen Redakteur und Verleger aus dem Poleschen stammen, die Sache in die Hand genommen zu haben, und nunmehr hatte sie Erfolg. Es wurde in Beuthen O.S. ein „Oberschlesischer Arbeiter-Verein zu gegenseitiger Hilfe“ begründet, der bald eine stattliche Mitgliederzahl aufzuweisen hatte und immer weiter über den ober-schlesischen Industriebezirk sich ausbreitet. Die Statuten des Vereins sind, wie man dem „Berl. Tzbl.“ schreibt, ersichtlich ursprünglich in polnischer Sprache, welche den Verfassern geläufiger ist, abgefaßt und dann erst in die deutsche Sprache übertragen worden. Daher das oft wunderliche Deutsch. Gedruckt sind die Statuten in der Druckerei des „Katolik“; durch dieses Blatt auch hat nach § 6 der Statuten der Vorstand die Generalversammlungen einzuberufen. Der Zweck des Vereins ist, „sich gegenseitig mit vereinten Kräften in allen Angelegenheiten ihres Standes zu helfen, um den Arbeiterstand achtungswerth zu machen und ihm Achtung und Respekt zu erringen.“ Als Mittel zu diesem Zweck sollen dienen: „Ertheilung von Rathschlägen und Hilfe, eine gemeinsame Kasse, ein gemeinsamer Rechtsanwalt, Verbreitung von Tugend und Bildung unter den Arbeitern, gegenseitige Verständigung, Verbreitung brüderlicher Liebe, gemeinsame Berathungen, Versammlungen, mündliche und schriftliche Belehrungen.“ (§ 2.) Dies Alles für ein Eintrittsgeld von 1 Mark und einen monatlichen Beitrag von 20 Pf. „Wenn der Verein viele tausende Mitglieder zählen wird“, heißt es im § 8, „so wird er einen Rechtsanwalt engagiren, welcher zahlbar sein wird.“ Viel Verständniß für das, was den ober-schlesischen Berg- und Hüttenleuten noththat, verrathen diese Bestimmungen nicht. Es ist im Interesse der Arbeiter zu beklagen, daß sich der „Katolik“ dieser Bewegung bemächtigt hat, um sie mit ganz anderen, fremdartigen Interessen zu verquicken. Wie groß der Einfluß dieses Blattes ist, zeigt nachstehende Mittheilung:

Am letzten Sonntag, 20. Oktober fand in Kattowitz eine Versammlung der Arbeiter aus dem Kreise statt. Es bedurfte nur eines kleinen Notiz im redaktionellen Theile des „Katolik“, um mehr als fünf hundert Menschen auf die Beine und in die Kreisstadt zu bringen, nicht geringen Ueberschuss der Einwohnerzahl im Allgemeinen der katholischen Ortsgemeinschaft im Besonderen, welche keine Abtheilung von einer solchen Versammlung hatte. Geleitet wurde dieselbe vom Redakteur des „Katolik“, die Verhandlungen wurden, soweit solchen die Rede sein konnte, in polnischer Sprache geführt und schloß mit Erfolg zu Ende gebracht, ein Kassirer, die Hauptkassie des Ansehens nach, wurde gewählt, eine ganze Schar neuer Mitglieder wurde dem Verein zugeführt.

Daß auf diese Weise eine immer größere Verbreitung des polnischen Blattes erfolgt wird, ist selbstverständlich; daß dadurch aber die Bestrebungen, in dem ober-schlesischen Volke die deutsche

Eine Regelpartie.

In der letzten Nummer der „Chronik des Wiener Goethe-Vereins“ ist ein interessanter Aufsatz enthalten, welcher die „Abenteuer eines ungarischen Schulmannes mit Goethe, Schiller und Wieland“ behandelt. Herr Scluchowitsch — dies der Name des Schulmannes — war am 20. August 1803 von Jena nach Weimar gekommen und hatte dort das Glück genossen, die drei Dichter-Koryphäen vereint in einem Garten zu finden. Er berichtet:

Am gestrigen Mittag — 20. August — betrat ich endlich Deutsch-Weimar, das liebliche Weimar. Raum hatte ich die dringenden Mahnungen meines Wagens befriedigt, als ich die Stadt zu durchwandern begann. — Immer schlendernd und schauend gerieth ich an die Alm und ihrem Laufe folgend unvermerkt in eine lange, von Sommerhäusern und Gärten gebildete Straße. — Mein vierhündiger Marsch vom Morgen, die brennende Augustsonne am wolkenlosen Himmel, hatten in mir gewaltigen Durst erregt. Ich sah daher sehnlichst nach einem Brunnen oder üblichen Schankwirthshauszeichen an der Häuserreihe umher.

Da schallte mir plötzlich aus einer offenkundigen Gartenthüre fröhliches Lachen, der Ton stürzender Regel und der in diesem Augenblicke für mich zur Sphärenmusik werdende Klang angehobener Gläser entgegen. In der sicheren Voraussetzung, der öffentlichen Quelle eines Labetrunkes nahe zu sein, eilte ich, gleich dem Wanderer in der Wüste, nach der Erquickung bietenden Nase und mit schnellen Schritten betrat ich den Garten.

Unter dem Laubdach einer ehrwürdigen Linde, nahe dem wohnlichen, rebumrankten Hause, erblickte ich an einer Regelpartie eine Gesellschaft von Männern und Frauen versammelt. Etwas verlegen, da mich Aller Augen neugierig betrachteten,

setzte ich mich an einen nahen, leeren Tisch, stopfte meine Pfeife und winkte den eben mit mehreren vollen Bierkrügen aus dem Hause tretenden Aufwärterin, ihr zuzurufen: „Nach mir einen Krug, Jungfrau.“ Auf diesen Zuruf wandte sich die Magd wie erkannt nach mir und hielt ägernd an; allein der Wink eines Mannes von einnehmender Gesichtsbildung, der eben die Regel zum Wurf emporzaltend, mich einen Augenblick scharf beobachtet hatte und wahrscheinlich der Wirth war, bewog die Magd, mir lächelnd und laugend und ob der Zurechtweisung ihres Gebieters, oder vielleicht meiner Person willen, bis unter das Häubchen erröthend, den Krug mit einem „Prost der frische Trunk!“ hinzusetzen.

Mit voller Muße betrachtete ich mir die Gesellschaft und folgte mit Theilnahme den Wechseln des Glücks. Drei der anwesenden Herren zogen besonders meine Aufmerksamkeit auf sich. Den einen zeichnete eine edel geformte Stirn, lebhaftes Auge mit fast stolzem, doch wieder unbeschreiblich mildem Blick und schön gebildeter Nase vortheilhaft aus, die Haltung seines wohlgebildeten Körpers, das Obse seines Anstandes, seine natürlichen, ungezwungenen und abgerundeten Bewegungen, die selbst bei den gewöhnlich unmalischen Stellungen, welche das Regelspiel mit sich bringt, nie eckig oder gar unschön wurden, bezeichneten einen Mann, der durch unausgesetzte Uebung und Aufmerksamkeit auf sich selbst die vollendetste Herrschaft über seine Bewegungen erlangt hat, kurz, es sprach Etwas aus ihm, das mich vermuthen ließ, daß er den höchsten Sphären der Gesellschaft angehören dürfte.

Ein kleines, schon bejahrtes, jedoch lebhaftes, oft lachendes und vorzüglich mit den anwesenden Frauen scherzendes Mädchen mit rundem, vollem Gesicht und klugen Feuer Augen, die er oft gar komisch beim Augewerfen zu schließen pflegte, dünkte mir ein herzlicher, für alles Gute und Angenehme empfänglicher Mensch, nach seiner Art zu sprechen, im Besitze der wahren

praktischen, aus Erfahrung geschöpften Lebens-Philosophie zu sein.

Am meisten jedoch zog mich mein freundlicher Wirth an; obgleich blaß und leidend von Aussehen, erregte er in meiner Seele durch seine großen, geistvollen Augen, die er mit unbeschreiblicher Schwärmerie, sich selbst unbewußt, nach dem goldenen Abendhimmel ausschlug und dabei aus der Stirne die langen, niederwallenden Locken mit der schöngeformten Hand hinwegführte, ein unnenbares Mitgefühl. — Ein Hauch von Rosenroth, auf seine Wangen durch die Anstrengung des Spieles gelockt, erhöhte den Reiz seines männlich schönen Angesichts und ließ ein nur mit meinem Leben schwindendes liebliches Bild in meiner Erinnerung zurück. Es schien mir ein Mann, in dessen innersten Tiefen des Geistes ein Schatz von Ideen, Gedanken und Bildern in stetem unerschöpflichem Wechsel kreisen mußte. — Sie werden mich hier, treuer Freund, ob der warmen Schilderung dieses Mannes einen Egoisten schelten, der den Wirth darum über Alle lobt, weil er ihn so schnell und freundlich lachte, und nebenbei mein Stückenpferd, die Physiognomie, etwas verlächen. Allein nur Geduld — und Sie werden im Weiterlesen finden, daß Lavaters Lehre sich hier glänzend bewährt habe. — Mein Wirth also — der gewiß zu allem Anderen mehr Geschick besitzen mag, als zum Regelspiel — warf jedesmal, wenn ihn die Reihe traf, verzweifelt schlecht, so daß die Regel fast immer durch die Gasse rannte, und hatte, da er stets fehlte, einen vollen Chor von „Eisch, Eisch!“ von dem Kreise der lebenswürdigen, größtentheils schönen, mit dem Strickstrumpf umherstehenden Kampfrichterinnen zu ertragen.

Sie kennen mich als tüchtigen Regelspieler, da Sie hier von manch glücklich verlebter Sommer-Feierabend in Ihrem lieben Garten überzeugen konnte. Ich trat daher, eine Kernerniere annehmend, an die Regelpartie und machte, als mein Wirth an den Wurf kam, die bescheidene Bemerkung, daß er

Sprache mehr einzubürger, immer wieder zurückgebrängt und vereinzelt werden, ist namentlich im Interesse der oberösterreichischen Arbeiter selbst zu beklagen. Würden dieselben der deutschen Sprache mächtiger sein, dann würden sie auch aus sich heraus eine Organisation schaffen können, welche ihnen wahrhaft zum Nutzen gereichen würde.

Der Ruf nach Staatshilfe in der Lohnbewegung will nicht verhallen. Die „Baugew.-Ztg.“, das Organ des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, schreibt hierüber, auch sie sei gegen Staatshilfe, so lange dieselbe zu vermeiden sei, aber eine Rundgebung der Regierung bei so ernster Lage sei keine unberechtigte Staatshilfe. Die Regierung müsse sagen, ob sie die Verkürzung der Arbeitszeit billige oder wünsche. Auf die Frage, wie man sich dann gegen etwaige Wünsche der Regierung bezüglich einer Lohnerhöhung oder sonstige Forderungen zu Gunsten der Arbeiter wehren könnte, nachdem man einmal die Regierung veranlaßt hat, sich in die Lohnbewegung zu mischen, läßt das Blatt der Innungsmeister unerörtert. Dagegen kommt mehr und mehr der zünftlerische Charakter jener Klagen und Bestrebungen zum Vorschein. Man möchte wohl mit Gesellenausschüssen verhandeln, aber immer nur mit einem Gesellenausschuß, „der durch das Innungsstatut begründet ist.“ Würde das Innungswesen durch die freikünigliche Presse unterstützt werden, so hätte es längst seinen versöhnenden und ausgleichenden Einfluß ausüben können und um die Einigkeit im deutschen Gewerbe stände es besser — so meint das Innungsblatt.

Entspräche das Innungswesen, so bemerkt hierzu die „Bosische Zeitung“, den heutigen Bedürfnissen der Gewerbe, so bedürfte es keiner Unterstützung der Presse, würde es derselben auch nicht entbehren. Gerade die zünftlerische Engherzigkeit aber erschwert vielfach die Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Man erhofft immer mehr von dem Zwang und der Bevormundung als von der freien Bewegung und der Selbsthilfe. Die Regierung soll die Meister schützen, die Regierung soll die Vertreter der streitenden Parteien zu Versöhnungen zusammenrufen. Weshalb denn die Regierung, nicht die selbstgewählten Organe der Bürgerchaft? Der Vorsitzende der Gewerbe-Deputation des Magistrats hat vor dem Ausdruck des großen Ausmaßes Versöhnungsversuche gemacht, aber — „auf einen Erfolg konnte derselbe nicht rechnen, weil die versöhnlichen Schritte . . . von nicht ganz berufener Seite ausgingen“; so erklärt die „Baugew.-Ztg.“. Ein Parteimann, welcher als Gegner der Innungsbestrebungen bekannt sei, sei zum Ausgleich nicht geeignet gewesen. Wenn aber schon ein so maßvoller Mann wie der Stadtrath Oberty den Baugewerksmeistern ungeeignet erscheine, wie sollte da irgend ein Geheilmann aus dem Ministerium den allem Innungswesen widerstrebenden Arbeitern und Gesellen als geeignetes Organ der Versöhnung gelten?

Der Magistrat der Stadt Spandau hat seine schon in der vorigen Session eingereichte Petition um Erlass eines Reichsgesetzes über die Heranziehung des Reichsfiskus zu den Gemeindefällen wiederholt. Die Zivilbevölkerung Spandaus hat sich in den letzten 20 Jahren von 10 000 auf 35 000 Seelen erhöht, vorzugsweise in Folge der Militärverhältnisse. Der Zuzug der wenig fruchtbringenden Arbeiterbevölkerung hat die Schul- und Armenlast außerordentlich erhöht. Straßenbau, Krankenhäuser und ähnliche Aufgaben erfordern große Summen, während der Fiskus sich weigert, selbst für die von ihm gebauten und vermieteten Arbeiterwohnhäuser Gemeindesteuer zu entrichten. Alle Versuche, den Reichsfiskus zu den Gemeindefällen heranzuziehen, sind vergeblich gewesen, obwohl eine Beihilfe zu den Lasten der Kommune wiederholt sowohl seitens des Abgeordnetenhauses als des Regierungspräsidenten als billig und notwendig anerkannt worden ist.

Der vor etwa 11 Wochen begonnene Streik der Berliner Feilenhauer und Feilenkleister ist nunmehr fast ganz beendet. Am Dienstag Abend fand eine öffentliche Versammlung auf dem Wedding statt, um nach einem Referat des Tischlers Th. Glöde über „den Niedergang des Kleinwerkes“, daß zur Annahme einer Erklärung, „daß nur in einer Organisation die Interessen der Arbeiter vertreten werden“, führte, den Bericht der Lohnkommission zu hören. Aus demselben geht hervor, daß von den 200 Mann, die z. B. in d. n. Streik eintreten, jetzt nur noch 14 Mann zu unterstützen sind. In allen Fabriken, mit Ausnahme von acht Vertheilen, unter denen aber nur zwei in Betracht kommen, sind die Forderungen, gekündigte Arbeitszeiten und bessere Bezahlung der Stückerarbeit — die Forderung

schloß einen Aufschlag von 12—15 Prozent ein — beviligt. Die Gesellen glauben, daß die wenigen Meister, die noch nicht bewilligt haben, bald nachgeben werden, da die Gesellen gut organisiert und Zuzug von anderen Städten nicht zu erwarten ist, da überall, wie in Berlin, vollauf zu thun ist und Arbeitskräfte mangeln. Wenn alle Meister und Fabrikanten bewilligt haben, wollen die Gesellen gegen die „Streikbrecher“ vorgehen und auf ihre Entlassung dringen, event. auch die Arbeit wieder niederlegen.

St. Johann a. S., 20. Oktober. Der „Frankf. Ztg.“ wird geschrieben: Heute Nachmittag waren die Vertrauensmänner des Rechtsschutzvereins der Bergleute im Saalrevier im Zivoli zu St. Johann versammelt, hauptsächlich zur Beschlusfassung über gemahregelte Bergleute, die nichts verbrochen haben“; des weiteren zur Erklärung, daß der Verein durchaus nicht, wie von anderer Seite behauptet wird, einen konfessionellen, d. h. katholischen Charakter trage. Was sich wie ein roter Faden durch die im wesentlichen nichts Neues bringenden Verhandlungen zog, war die Ansicht, daß man nicht auf dem Wege einer abermaligen Arbeitsniederlegung, sondern auf dem der Beschwerde und der strikten Wahrung des Rechts vorgehen solle. Die zu Unrecht gemahregelten Vereinsmitglieder sollen unterstützt werden, zu welchem Zwecke der jährliche geringe Beitrag verdoppelt wird. Die verschiedenen Redner tadelten, zum Theil in sehr scharfer Weise und unter offener Nennung von Namen, daß immer noch Mißstände vorhanden seien, die einer Abstellung dringend bedürften. Direkt an den Kaiser will man sich mit einer Bitt- und Klageschrift wenden, die durch eine Deputation persönlich überreicht werden soll. Zur Mittheilung der gefassten Beschlüsse wird von Dienstag ab täglich der Reihe nach in einem passenden Orte jeder Inspektion eine allgemeine Versammlung abgehalten werden.

Der Allgemeine deutsche Bauernverein hält der „Bosf. Ztg.“ zufolge am 16. und 17. November d. J. die diesjährige Versammlung der Vorstandsmitglieder und Delegirten der Lokalgruppen in Berlin ab.

Samburg, 22. Oktober. Der Inspektor des städtischen Lombards ist nach Anordnung der Staatsanwaltschaft auf Grund der Aussage des Untersuchungsgefangenen Rügge, welcher bekanntlich nach Unterschlagung von 60 000 Mark nach Amerika entflohen war und in Newyork verhaftet wurde, ebenfalls verhaftet worden. Der Inspektor wird der Mitwisserschaft an den Manipulationen des Rügge beschuldigt. Eine von ihm gebotene Kaution von 30 000 M., um seine Freilassung zu erwirken, wurde nicht angenommen.

Samburg, 22. Oktober. Die Ausbaggerungsarbeiten im Lauenburger Hafen haben plötzlich eingestellt werden müssen, weil die Elbe unerwartet bedeutend angeschwollen ist. Es hat somit den Anschein, als ob die Sandbänke im dortigen Hafen vor Einbruch des Winters nicht mehr beseitigt werden können. Auch die im Mai eingestürzte Mauer am Hafen ist noch nicht wieder aufgeführt und der mit Einsturz drohende andere Theil dieser Mauer hat wegen zu hohen Wasserstandes nicht mehr gesprengt werden können. Der Platz im dortigen Hafen, welcher für überwinternde Schiffe übrig bleibt, ist noch viel beschränkter als im vorigen Winter. Dagegen sind die Uferbauten an der Eisenbahn-Drehbrücke bei Hohnsdorf fertig und geben der Strömung eine bessere Richtung, so daß die Schwierigkeiten, welche sich früher den durchgehenden Schiffen entgegenstellten, jetzt wesentlich vermindert worden sind. Unterhalb der Eisenbahnbrücke sind die Uferbauten noch nicht vollendet. In der Elbe arbeitet gegenwärtig noch ein kleiner Dampfbagger zur Vertiefung des Fahrwassers zwischen der Teledem-Ründung und der Eisenbahnbrücke. Der Wasserstand der Elbe ist heute zwar etwas gefallen, wird aber in den nächsten Tagen wohl wieder steigen, da die Nebenflüsse bedeutende Wassermengen zuführen.

Ludwigsb., 20. Okt. Prinz Wilhelm begab sich heute Nachmittag in das hiesige Amtsgerichts-Gefängnis und sprach etwa eine Viertelstunde mit der Person, die Morgens einen Revolveranschlag auf die Thronfolgerin abgegeben hatte. Ueber das Attentat auf den Thronfolger wird dem „St.-Anz. für W.“ aus Ludwigsb. noch geschrieben: „Der Schuß war von außen am Baum auf der Seite des Marienwegs über das unterste Gedächtnis weg in den Garten abgegeben worden, als der Wagen mit Sr. K. H. dem Prinzen Wilhelm und der Prinzessin Pauline am Abjantenbänken vorüberfuhr. Die Kugel hat man nicht gefunden. Der Prinz fuhr weiter zur Kirche. Sein Adjutant, Jäger, Kammerdiener und einer der Poeten vor Marienwahl verhafteten den Verbrecher, der einen Fluchtversuch machte, aber dann, den Revolver mit noch 5 Schüssen in der Tasche, sich ruhig fassen und auf die Schloßwache führen ließ, wo das erste Protokoll aufgenommen und er dann um 10½ Uhr in das Amtsgerichtsgefängnis übergeführt wurde, begleitet von einer entrüsteten Menge. Am liebsten hätte man annehmen mögen, es sei die That eines Verrückten; aber den Eindruck macht der Mensch keineswegs. Schon lange trug er sich mit dem Gedanken, seit er in einem bayerischen Blatt gelesen habe, der württembergische König wolle die katholische Linie von der Thronfolge ausschließen. Am Sonnabend trieb er sich in der Nähe von Marienwahl herum, erkundigte sich nach dem Prinzen und der Frau Prinzessin, fragte, wann er von der Jagd heimkomme u. s. w., dann übernachtete er in Glosheim, um am Sonntag Morgen auf der Kauer zu stehen zu der Stunde, wo der Prinz die Gewohnheit hat,

die Kugel grundsätzlich aufsehe, daher seine Würfe stets fehlgeschlagen mußten. Mir fast unbewußt hatte der liebe Mann plötzlich die schöne schwere lignum sanctum-Kugel in meine Hand gedrückt und bat mich mit den freundlichsten Worten, für seine Rechnung diesen und die nachfolgenden Würfe zu thun, da ihn auf kurze Zeit Geschäfte ins Haus riefen. Ich nahm das Anerbieten freudig an, war bald mit den übrigen Spielern im eifrigen Gespräch verwickelt, wurde gefragt und fragte, gab und erhielt Bescheid und spielte mit so viel Glück, daß ich manch schönen Groschen gewonnen hatte, als die zunehmende Dämmerung dem Spiele ein Ende machte. — Endlich trat der Wirth in unsern Kreis und dankend überreichte ich den Gewinn, sah nach der Aufwärterin, um meine Beche zu befüllen und wollte mich, da ich sie nicht erlösen konnte, entfernen, sie aufzusuchen.

Indem ich nun Kragfäße zog und Wüdlinge machte, dabei stets nach guter Sitte rückwärts ging, ließ ich an eine lange gedeckte Tafel, die von mir im Eifer des Spiels — wofür sie nicht eben im Augenblick der Erde entzogen war — nicht bemerkt wurde. Da ergriff mich mein Wirth an den Schultern und drückte mich auf den nächststehenden Stuhl neben sich nieder, indem er sprach: „Sie bleiben mein Gast, Herr Magister“, — „Zum Abendbrot!“ rief Alles und nahm Platz in bunter Reihe an dem wohlbesetzten Tisch. Herrlicher Braten wurde herumgereicht, köstlich duftender alter Rheinwein perlte in den Römern; ich genoß mit allen Sinnen. Stets füllte sich von Neuem mein Glas — da that sich mein Herz weit auf und nach alter Ungarische brachte ich ein herzliches Lebehoch meinem Wirth! Jubelnd klirrten die Gläser an einander und der Herr mit der schön geformten Nase brachte mir mit Würde und Anmuth ein Glas mit dem Zurufe: „Heil Ungarns hohem König! Heil dem edlen Ungarvölke! Heil seinen braven Lehrern! Heil Ihnen und Glück, Herr Magister!“

Ich stieß an mit Freudenthränen im Auge, im Herzen hallten des Mannes Worte wider und ich ließ im Stillen alle, alle mir Theuren leben im Vaterlande. Nun folgten Toaste auf Toaste — Weimars Großherzog, Deutschland, seine Gelehrten, alle edlen Menschen ließ ich leben und wurde von Freude und der Liebesrausch so begeistert, daß ich Schillers Hymnus an die Freude, mein Lieblingslied, anstimmte, in welches in vollem Chor die heiteren Tischgenossen einstimmten. Als er zu Ende gesungen war (es leuchtete bereits hoch am Sternendome der Vollmond) und Alles sich zum Aufbruch erhob, da überkam es mich mit unbewinglicher Gewalt, nochmals ergriff ich mein Glas und rief begeistert: „Hoch lebe der hochgeliebte Dichter des Hymnus an die Freude!“

Ein lautes: „Er lebe, lebe hoch!“ erscholl, dann war es still und mein blauer Wirth reichte mir sanft die Hand und sprach: „Ich danke Ihnen, werther Freund, und freue mich herzlich, daß meiner Muse Sang auch Ungarns eble Söhne vernehmen und lieben.“

Da fiarrte ich ihm freudig ins Antlitz und schürfte die köstlichen Freudenperlen mit dem Weine. Mein alter Lavater hatte mich nicht getäuscht, denn eben trat mein Tischnachbar, der kleine lebhaftere Herr auf mich zu und sagte, auf meinen Wirth deutend: „Hier, Herr Magister, sehen Sie unsern Schiller, hier — Goethe, und ich bin der alte Wieland!“

† Noch einmal die „Freie Bühne“. Zum Zeichen deß, daß wir mit unserer gestrigen Abweisung der „Freien Bühne“ und der von ihr bisher produzierten „Dichtungen“ nicht etwa allein stehen, zugleich aber auch zur Kenntnissnahme und Verständigung über Werth und Bedeutung eines Unternehmens, wie es die „Freie Bühne“ ist, eilten wir hier die Auslassungen eines Mitarbeiters der „Kölnischen Zeitung“, die wir Zeile für Zeile, Wort für Wort unterzeichnen. In der betreffenden Korrespondenz heißt es: „Es ist der richtige Kenner-Naturalismus, der „wahr“, „überzeugt“ zu sein glaubt, wenn er die höchsten Ercheinungen des Lebens mit den rohesten Mitteln zum

zur Kirche zu fahren. Auch dem Bringen, der ihn im Gefängnis aufsuchte, erwiderte er ruhig, daß er gegen seine Person gar nichts habe, er wolle nur einen katholischen König in Württemberg; er habe auch keine Mitwisser, es sei sein eigener Entschluß gewesen. Auf weitere Fragen schwieg er, namentlich schied ihn die Frage des Bringen zu beugen, ob ihm denn nicht der Gedanke gekommen sei, er könnte sein unschuldiges Kind treffen. Der Bring hat in allem vollkommene Seelenruhe bewahrt, und kein Tropfen Bitterkeit ist in sein Herz gekommen, gemäß der Einsicht hier und überall, obwohl er zum Opfer ausersahen war.“

Frankreich.

* Paris, 23. Oktober. Als Beweis für die Thatsache, daß der Boulangismus immer mehr an Boden verliert, wird angeführt, daß von den boulangistischen Blättern nur noch „L'Intransigeant“ starken Abjaß (250 000—300 000 Exemplare täglich) findet. Die „Revue“, „République“, „Petite République“ fristen mit knapper Noth ihr Dasein und „La Cocarde“ ist derart aufs Trockene gerathen, daß die Redakteure des Blattes seit 3 Wochen auf ihr Monatsgehalt warten müssen. Nach dre „Magdeburger Zeitung“ haben sich fünfzehn der als Boulanger gewählten Abgeordneten der bonapartistischen Partei angeschlossen; der Verfall der Boulangerengruppe dürfte noch vor dem Zusammentritt der Kammer erfolgen. — Der „Matin“ hat einen Mitarbeiter nach Jersey zu Boulanger geschickt, wo dieser sich im Hotel de la Pomme d'Or zu Saint-Helier häuslich mit seiner Begleiterin, deren Kammerfrau, einem Sekretär, vier Dienern und vier Pferden eingerichtet hat. Wie es scheint, wird er seinen ersten Plan, eine Villa zu beziehen, nicht durchführen, weil das Leben im Gasthose viel billiger, Alles in Allem auf hundert Francs täglich, zu stehen kommt und er auf diese Weise keine Pflichten der Gastfreundschaft zu erfüllen hat. Nach Boulangers Erklärungen war die Niederlage bei den Wahlen nur eine relative und hätte eine Partei, die schrittweise vorgehen will, damit zufrieden sein können. Die partiellen Wahlen im Nord, der Somme, der Charente und in Paris hatten leider die Hoffnungen zu hoch gespannt und Boulanger wie seine ganze Umgebung träumte von einem vollständigen Siege.

Großbritannien und Irland.

* London, 23. Oktober. „Truth“ berichtet, daß der Gesundheitszustand des Prinzen von Wales andauernd schwere Besorgnisse erzeuge, und daß seine jetzige Reise nach Athen gegen den Rath der Aerzte unternommen sei, welche von den unvermeidlichen Anstrengungen schlimme Folgen befürchten.

Lokales.

Posen, 25. Oktober.

r. Vakante Stellen für Militärärzte. Im Bezirk des V. Armee-Korps: Sofort beim Magistrat von Grünberg die Stellen von zwei Polizeiergeanten mit je 1050 M. Gehalt und 60 M. Meibergelohn; das Gehalt steigt von 5 zu 5 Jahren um 37,50 M. bis zum Maximum von 1200 M. — Sofort beim Amtsgericht Löhn die Stelle eines Kanzleigehilfen mit 40—50 M. monatlich. — Zum 1. November d. J. beim Magistrat von Luban die Stelle eines Meldelistenführers mit 50 M. monatlich. — Zum 1. Dezember d. J. beim Postamt Meseritz die Stelle eines Landbriefträgers mit 510 M. Gehalt und 108 M. Wohnungsgeldzuschuß. — Sofort beim Magistrat von Bollwin (Kr. Glogau) die Stelle eines Stadtmachtheimers mit 600 M. Gehalt und einigen Nebeneinnahmen. — Zum 1. Februar 1890 beim Eisenbahn-Betriebsamt Posen-Kreuzburg 3 Stellen für den Zugbegleitungsdiener, und zwar 1 Stelle als Schaffner und 2 Stellen als Bremser; zunächst monatlich je 57,50 M., nach Ablauf der Probezeit und Ablegung der Prüfung erfolgt etatsmäßige Anstellung, und zwar: als Bremser mit 690 M. und als Schaffner mit 780 M. Jahresgehalt, welches bis auf 990 M. steigt; außerdem wird der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß gewährt, welcher für Posen 180, für Kreuzburg 108 M. jährlich beträgt; ferner bei den Fahrten Fahr- und Stundengelder; bei guter Führung und nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen Beförderung zum Badmeister und Zugführer. — Zum 1. November d. J. beim Amtsgericht Paderewitz die Stelle eines Kanzleigehilfen mit ungefähr 60 M. monatlich; Vergütung nach der geschriebenen Seitenzahl, 5—6 Pf. pro Seite; auch kann der Schreiblohn auf 8—10 Pf. erhöht werden. — Sofort bezw. bis zum 1. April 1890 beim 16. hiesigen Eisenbahnbetriebsamt Glogau-

Ausdruck bringt. Wie wir aber aus R. Feenzels Bericht in der „National-Zeitung“ sehen, hatten die Herren der „Freien Bühne“, die unerschrockenen Vertreter der neuen Wahrheit, doch nicht den Muth, eine ganz besonders kennzeichnende, die vollendetste Vertheilung eines menschlichen Wesens darstellende Szene spielen zu lassen; sie wurde gestrichen. Offenbar ist das deutsche Publikum noch nicht reif genug erachtet worden, die höchste Kunstweisheit, die Tiefe der dichterischen Lebensanschauung in der vollendeten Gemeinheit zu erkennen. Wenn aber die Herren einmal aus Streichen kommen, wenn sie selber Rücksichten auf „die Sittlichkeitsheuchelei der Bourgeoisie“ nehmen, wo bleibt dann die Folgerichtigkeit ihres Kunstdenkens? Die Berliner Kritiker sind so ziemlich einig darin, daß die wenigen guten Szenen, die eine kräftige Wirkung ausübten, nichts Neues an sich haben, daß aber im Uebrigen nur undramatische Langweile und jugendliche Lebensanmuth mit roher Geschmacklosigkeit abwechseln. Freilich ist man dabei bemüht, „weltstädtisch“ sich über den unwillkürlichen Giel hinwegzusetzen und jenes Talent an Hauptmann zu finden, das man zu anderer Zeit bei andern nicht so eifrig gesucht hat. Unsere Ansicht geht aber dahin, daß diese übertriebene Nachäfferi Zbrens gar keinen fruchtbaren Kunstwerth hat, so lange unser deutsches Publikum noch nicht so großtendend geworden ist, die höchste Leistung eines Künstlers in der Darstellung der tiefsten menschlichen Verkommenheit zu suchen. Ein verwilligter Landstreicherin kann man gründlich waschen, sie wird dann vielleicht zur Schönheiter werden. Ein schmutzstarendes Drama, wie dasjenige Hauptmanns, läßt sich aber nicht waschen. Werthvoller als dieses Herumfuchen nach Perlen in einem Mißhaufen wäre die entschlossene Erklärung, daß ein solcher „Sport“ mit Stücken, deren innere und äußere Unmöglichkeit für weitere Kreise der Nation sofort erkannt werden muß, nur eine für die Kunst werthlose Spielerei unter Kunstgenossen und „Liebhabern“ ist. Eine fruchtbarere Reform unserer Theaterzustände kann daraus nicht hervorgehen; wohl aber werden es jetzt verdrehte, unreise junge Leute höchst genial finden, ein Stück zu schreiben, dessen Schaulichkeit nur den Mitgliedern der „Freien Bühne“ zugänglich gemacht werden kann, und es unter ihrer Würde halten, ein solches zu verfassen, das der übrige „Vöbel“ in Deutschland genießen kann. Daß man dadurch befördert, was man hindern sollte, eine starke Reaktion der spießbürgerlichen Aengstlichkeit und den Triumph der dramatischen Kaufleute, die um so freier schalten können, je weniger sie ernste Talente zu fürchten haben, das sehen diese Herren offenbar nicht ein.“

Am 24. Oktober Abends: 16,3 Normalkerzen.